Deutsche Industrie trotzt dem Aufstieg der Schwellenländer

Von Martin Gornig und Alexander Schiersch

Zwischen 2000 und 2009 ist China zur zweitgrößten Industrienation aufgestiegen und auch die Industrien anderer Schwellenländer sowie vieler osteuropäischer Länder sind sehr dynamisch gewachsen. Dennoch konnte Deutschland seinen Anteil an der globalen Industrieproduktion weitgehend behaupten. Der Wertschöpfungsanteil Deutschlands lag 2009 wie auch im Jahr 2000 bei rund 6,5 Prozent. Vom globalen Wachstum der Industrie von 50 Prozent profitierte der Standort Deutschland damit weit stärker als die USA, Japan und andere Industrienationen in Westeuropa.

Der entscheidende Faktor war dabei, dass Deutschland innerhalb der etablierten Volkswirtschaften seine führende Stellung bei forschungsintensiven Industrien trotz der 2008 einsetzenden Finanz- und Wirtschaftskrise ausbauen konnte. Zu den Gewinnern zählen dabei insbesondere der Straßenfahrzeugbau, der Maschinenbau, die Elektrotechnik und die Chemie.

Die Schwellenländer und insbesondere die sogenannten BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China) werden heute an erster Stelle genannt, wenn es um die Weltwirtschaft oder die Märkte der Zukunft geht. Neben den Potentialen, die sich aus dem starken Wirtschaftswachstum und der Integration dieser Länder in die Weltwirtschaft ergeben, wird jedoch auch auf die daraus resultierende zunehmende Konkurrenz aus diesen Ländern verwiesen. Dabei wird häufig die Gefahr gesehen, dass inländische Wertschöpfung in eben jene Zukunftsmärkte abwandert.

Die Expertenkommission für Forschung und Innovation (EFI) hat in ihrem diesjährigen Bericht an die Bundesregierung die Entwicklung in China und ihre Auswirkungen auf Deutschland zu einem Schwerpunkt gemacht.[1] Als eine Grundlage des EFI-Berichts erstellt das DIW Berlin regelmäßig Studien über den Stand und die Perspektiven der technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Wesentliche Ergebnisse dieses Berichts werden hier dargestellt.[2]

Globale Industrieproduktion deutlich gestiegen

Die Diskussion zu den Potentialen und Gefahren, die durch den dynamischen Entwicklungsprozess in den BRIC-Staaten entstehen, konzentriert sich insbesondere auf die Industrie. Dabei ist zunächst festzuhalten, dass die Industrieproduktion in der letzten Dekade trotz der Verwerfungen in der Finanz- und Wirtschaftskrise insgesamt deutlich gestiegen ist. Die weltweite nominale Bruttowertschöpfung – gemessen in laufenden US-Dollar – im verarbeitenden Gewerbe nahm zwischen 2000

1 Expertenkommission für Forschung und Innovation (EFI) (2012): Jahresgutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands 2012. www.e-fi.de/gutachten.html

2 Belitz, H., Gornig, M., Mölders, F., Schiersch, A. (2012): FuE-intensive Industrien und wissensintensive Dienstleistungen im internationalen Wettbewerb. Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 12/2012. Herausgegeben von der Expertenkommission Forschung und Innovation. Berlin.

und 2009 um mehr als 50 Prozent zu.[3] Die reale Wertschöpfung stieg um mehr als 20 Prozent. Der „Kuchen", den es zu verteilen gilt, wird somit mit dem Eintritt und Wachstum der Schwellenländer größer. Zugleich verschieben sich jedoch die Gewichte.

Die auffälligste Tendenz ist dabei der Bedeutungsgewinn der chinesischen Industrie. Sie konnte ihre reale Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe von 2000 bis 2009 mehr als verdoppeln. Nominal stieg sie bis ins Jahr 2009 sogar um mehr als 200 Prozent. In der Folge des überdurchschnittlichen Wachstums nahm der Anteil der chinesischen Industrie an der weltweiten Wertschöpfung im Untersuchungszeitraum stark zu. Im Jahr 2000 entfielen rund acht Prozent der industriellen Wertschöpfung auf China. Am Ende der Dekade entstand dagegen bereits fast ein Fünftel der globalen Industriewertschöpfung in China (Abbildung).

Auch in den übrigen BRIC-Staaten lassen sich sowohl nominal als auch real überdurchschnittliche Wachstumsraten beobachten. Im Vergleich zu China findet diese Entwicklung jedoch auf einem geringen Niveau statt. Denn trotz des sehr dynamischen Wachstums liegen die Anteile Indiens und Brasiliens an der globalen industriellen Wertschöpfung im Jahr 2009 nur bei 2,1 Prozent bzw. 2,4 Prozent. Der Beitrag Russlands erreicht sogar nur 1,7 Prozent.

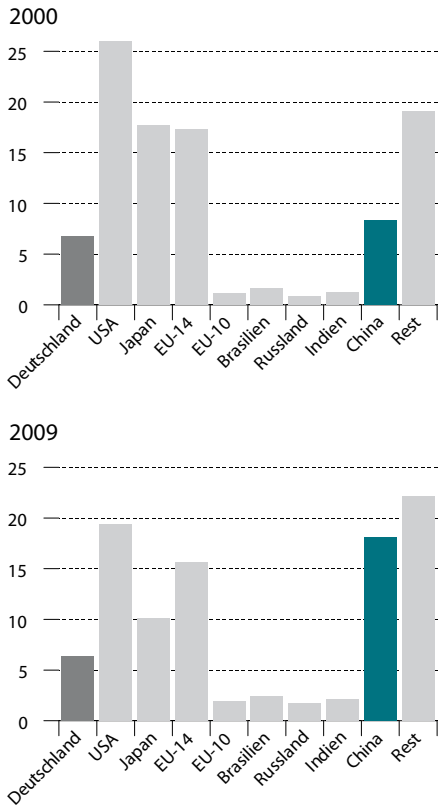
Eine zum Aufstieg Chinas konträre Entwicklung lässt sich für die meisten etablierten Industrienationen beobachten (Abbildung). Besonders deutlich waren dabei die Anteilsverluste der USA und Japans. Wurden im Jahr 2000 noch etwa ein Viertel bzw. fast ein Fünftel der nominalen globalen industriellen Wertschöpfung in den USA und Japan erzeugt, sanken diese Werte bis ins Jahr 2009 auf knapp 20 Prozent (USA) und etwa zehn Prozent (Japan). In den USA hat allerdings die Wertschöpfung sowohl real als auch nominal immer noch leicht zugenommen, wohingegen sie in Japan sowohl real als auch nominal zurückgegangen ist.

In der Europäischen Union waren die Entwicklungen sehr unterschiedlich. Deutliche Anteilsgewinne an der industriellen Wertschöpfung erzielten die 2004 der EU beigetretenen osteuropäischen Länder wie Polen, Ungarn oder die Tschechische Republik. Im Durchschnitt dieser Beitrittsländer (EU-10) verdoppelte sich nahezu der Anteil an der globalen Industrieproduktion zwischen 2000 und 2009. Allerdings liegt der Gesamtbeitrag der Länder auch 2009 noch immer unter zwei Prozent.

Abbildung

Anteil an der Wertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes der Welt

In Prozent



Quelle: United Nations Statistic Division (UNSD 2012), Berechnungen des DIW Berlin

© DIW Berlin 2012

Der Anteil Chinas wächst stark.

Anteile an der globalen industriellen Wertschöpfung verloren dagegen einige Staaten in Westeuropa (EU-14).[4] Dazu zählen insbesondere auch große traditionelle Industrienationen wie Frankreich und Großbritannien. Die Anteilsverluste sind allerdings im Vergleich zu den USA und Japan gering.

Dies gilt auch für Deutschland. Trotz des Aufstiegs Chinas zur zweitgrößten Industrienation und des dynamischen Wachstums anderer Schwellenländer und

3 Daten zur Wertschöpfung verschiedener Sektoren liegen am aktuellen Rand bis einschließlich 2009. Aktuellere Daten waren bei Drucklegung noch nicht veröffentlicht. Daten zur Wertschöpfung verschiedener Sektoren liegen am aktuellen Rand bis einschließlich 2009 vor. Aktuellere Sektordaten waren bei Drucklegung noch nicht veröffentlicht. Daher beschränken wir uns bei der Betrachtung der Industrieanteile ebenfalls auf den Zeitraum 2000 bis 2009.

4 Dies umfasst die Länder der alten EU-15 ohne Deutschland.

Tabelle

Wertschöpfungsanteile in der forschungsintensiven Industrie und ihre Veränderungsraten
Angabe der Anteile in Prozent und der Veränderungsraten in Prozentpunkten

		Deutschland		USA		Japan		EU-14		EU-10	
	WZ nach ISIC Rev. 3[1]	Wertschöpfungsanteile 2009 in Prozent	Veränderung 2000-2009 in Prozentpunkten	Wertschöpfungsanteile 2009 in Prozent	Veränderung 2000-2009 in Prozentpunkten	Wertschöpfungsanteile 2009 in Prozent	Veränderung 2000-2009 in Prozentpunkten	Wertschöpfungsanteile 2009 in Prozent	Veränderung 2000-2009 in Prozentpunkten	Wertschöpfungsanteile 2009 in Prozent	Veränderung 2000-2009 in Prozentpunkten
Chemie	24ex2423	12,2	1,6	41,6	2,3	14,6	–7,5	28,6	2,7	2,9	0,8
Pharma	2423	10,0	3,7	46,7	3,0	10,7	–8,4	29,7	0,6	3,0	1,1
Maschinenbau	29	19,5	4,3	27,3	–4,0	17,8	–8,0	30,4	4,9	5,0	2,8
EDV	30	6,2	1,1	43,5	–2,0	31,0	–3,1	16,2	2,4	3,0	1,7
Elektrotechnik	31	18,8	2,1	24,7	–5,6	19,7	–8,1	27,8	5,8	9,1	5,9
Nachrichtentechnik	32	5,7	2,0	40,9	–5,5	31,2	–2,0	18,4	2,8	3,7	2,8
Medizin- u. Messtechnik	33	12,7	–0,1	46,0	6,7	10,5	–10,2	27,4	2,1	3,4	1,5
Kraftfahrzeugbau	34	21,6	7,7	24,4	–12,6	30,5	2,0	17,9	–1,0	5,6	3,9
Luft- und Raumfahrt	353	8,9	2,4	63,6	–2,6	4,1	0,4	22,5	–0,4	0,8	0,3
Sonstiger Fahrzeugbau	352, 359	10,5	2,3	31,1	–12,1	9,8	–3,7	42,2	10,6	6,4	2,8

1 Wirtschaftszweigklassifikation nach der Internationalen Standardklassifikation der Wirtschaftszweige (ISIC) Revision 3

Quellen: EUKLEMS Datenbasis (2012), OECD STAN (2012), Eurostat (2012); Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin

© DIW Berlin 2012

vieler osteuropäischer Länder veränderte sich der Anteil Deutschlands an der globalen Industrieproduktion kaum. Er lag in 2009 mit 6,4 Prozent nur unwesentlich unter dem Wert von 2000 (6,7 Prozent). Vom globalen Wachstum der Industrie profitierte der Standort Deutschland daher nahezu proportional.

Zwischenzeitlich konnte die deutsche Industrie ihren Anteil am wachsenden „Kuchen" sogar spürbar ausweiten. So erreichte der Anteil der deutschen Industrieproduktion in 2007 sogar fast acht Prozent. Diese Anteilsgewinne gingen allerdings in der 2008 einsetzenden Finanz- und Wirtschaftskrise wieder verloren. Die positive Entwicklung der Produktion in der deutschen Industrie in den Jahren 2010 und 2011 gibt allerdings Anlass zu der Vermutung, dass dieser Rückgang nur vorübergehend war und die deutsche Industrie aktuell wieder Wertschöpfungsanteile gewinnt.[5]

Erfolge bei forschungsintensiven Industrien

Warum aber ist die deutsche Industrie erfolgreicher als die vieler anderer etablierter Volkswirtschaften? Ein Faktor der langfristigen strukturellen Wettbewerbsstärke der deutschen Industrie ist ihre starke Spezialisierung auf forschungsintensive Industrien wie die Elektrotechnik, den Maschinenbau, die Chemie oder den Fahrzeugbau.[6] Nachfolgend steht daher die Position Deutschlands und seiner Wettbewerbsländern in den einzelnen FuE-intensiven Sektoren im Mittelpunkt.[7]

Ein wesentlicher Teil der in den Industrienationen erzeugten Wertschöpfung in den forschungsintensiven

5 Lucke, D. (2011): Die deutsche Industrie – ein Fels in der Brandung? DIW Wochenbericht 49/2011, 3–11.

6 Die forschungsintensive Industrien sind definiert als Sektoren, in denen der Anteil der internen FuE-Aufwendungen am Umsatz mehr als 2,5 Prozent beträgt. Damit gehören entsprechend der NIW/Fraunhofer ISI-Listen 2006 die Chemie (WZ 24ex2423), die Pharmaindustrie (WZ 2423), der Maschinenbau (WZ 29), die EDV (WZ 30), die Elektrotechnik (31), die Nachrichtentechnik (WZ 32), die Medizin- u. Messtechnik (WZ 33), der Kraftfahrzeugbau (WZ 34), der Sonstige Fahrzeugbau (WZ 352, 359) und die Luft- und Raumfahrt (WZ 353) zu den forschungsintensiven Industrien. Für eine ausführliche Darstellung siehe: Legler, H., Frietsch, R. (2007): Neuabgrenzung der Wissenswirtschaft –forschungsintensive Industrien und wissensintensive Dienstleistungen. NIW/ISI-Listen 2006. Studien zum deutschen Innovationssystem Nr.22-2007. Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin. Zur Spezialisierung der deutschen Industrie siehe: Belitz, H., Gornig, M., Schiersch, A. (2011): Forschungsintensive Industrie gut aufgestellt. DIW Wochenbericht Nr. 17/2011, 5–10.

7 Die BRIC-Staaten werden dabei aufgrund der ungenügenden Datenlage vernachlässigt. Dies ist aus zweierlei Gründen unproblematisch. Zum einen spielt nur China eine wesentliche Rolle. Zum zweiten ändert sich durch die Vernachlässigung Chinas nicht die relative Position der übrigen Länder zueinander.

Industrien entfällt auf Deutschland (Tabelle). So wird rund ein Fünftel der Wertschöpfung im Maschinenbau in Deutschland erarbeitet. Vernachlässigt man die EU als Aggregat und nimmt eine Einzellandbetrachtung vor, zeigt sich, dass Deutschland über den zweitgrößten Maschinenbausektor aller Industrieländer verfügt. Auch in den Sektoren Kraftfahrzeugbau und Elektrotechnik kann eine herausgehobene Stellung Deutschlands festgestellt werden. In beiden Sektoren werden fast 20 Prozent der Wertschöpfung durch die deutsche Industrie erzeugt. Diese liegt damit im Kraftfahrzeugbau nur knapp hinter der amerikanischen Konkurrenz (22 Prozent) und im Sektor Elektrotechnik fast gleichauf mit der japanischen Industrie (20 Prozent). Zusätzlich kann festgehalten werden, dass Deutschland auch in den meisten übrigen Sektoren über einen signifikanten Wertschöpfungsanteil verfügt. Dies gilt insbesondere für die Medizin- und Messtechnik (13 Prozent) und die Luft- und Raumfahrt (neun Prozent), in denen Deutschland einen größeren Anteil verantwortet als Japan oder eines der europäischen Wettbewerbsländer. Aber auch im Chemie- und Pharmasektor oder dem Sonstigen Fahrzeugbau liegt Deutschland mit einem Anteil von etwa zwölf Prozent beziehungsweise zehn Prozent in der Spitzengruppe. Im internationalen Vergleich von geringerer Bedeutung ist dagegen der deutsche Beitrag in der EDV und der Nachrichtentechnik.

Vor allem der Kraftfahrzeugbau legt zu

Betrachtet man zudem die Entwicklung in den zurückliegenden Jahren wird deutlich, dass Deutschland im Zeitraum 2000 bis 2009 fast durchgängig hohe Anteilsgewinne in den FuE-intensiven Sektoren verzeichnen konnte. Besonders ausgeprägt waren die Zugewinne im Kraftfahrzeugbau mit fast acht Prozentpunkten. Der deutsche Anteil stieg damit gegenüber dem Jahr 2000 um mehr als 50 Prozent und damit deutlicher als in den Vergleichsländern und -regionen mit Ausnahme der EU-10. Ähnlich ausgeprägte Zuwächse, wenn auch von einem geringeren Niveau, finden sich im Pharmasektor (3,7 Prozentpunkte) und der Nachrichtentechnik (zwei Prozentpunkte). Deutliche Zugewinne sind daneben in der Luft- und Raumfahrt mit 2,4 Prozentpunkten (Anteilswachstum von 37 Prozent) sowie im Maschinenbau mit 4,3 Prozentpunkten (Anteilswachstum von 28 Prozent) zu verzeichnen. Auch in den übrigen Sektoren sind Anteilsgewinne zu beobachten. Einzig für die Medizin- und Messtechnik muss ein konstanter Wertschöpfungsanteil konstatiert werden. Insgesamt kann festgehalten werden, dass Deutschland in den forschungsintensiven Industrien eine starke Stellung besitzt und diese in der zurückliegenden Dekade ausbauen konnte.

Die USA haben in vielen forschungsintensiven Sektoren noch immer eine dominierende Stellung inne. So wurden etwa in der Medizin- und Messtechnik, im Chemie- und Pharmasektor, der EDV sowie der Nachrichtentechnik auch im Jahr 2009 noch jeweils mehr als 40 Prozent der sektoralen Wertschöpfung in den USA erzeugt.[8] In der Luft- und Raumfahrt liegt der Wertschöpfungsanteil der amerikanischen Industrie sogar über 60 Prozent (Tabelle).[9] Doch obwohl die USA in vielen Sektoren noch immer eine bedeutende Rolle spielen, mussten sie in fast allen Sektoren Anteilsverluste hinnehmen. Ausnahmen sind hier nur der Chemie- und Pharmasektor sowie die Medizin- und Messtechnik.[10]

In einer anderen Situation als die USA befindet sich Japan. Auf der einen Seite zeigen die vorliegenden Wertschöpfungsanteile, dass Japan in vielen forschungsintensiven Industrien eine starke Stellung innehat. Dies gilt insbesondere für die EDV, die Nachrichtentechnik und den Kraftfahrzeugbau. In diesen Sektoren wird ein Drittel der in den Industrienationen erarbeiteten Wertschöpfung in Japan erzeugt. Im Kraftfahrzeugbau dominiert das Land sogar den Sektor. Aber auch in den übrigen Sektoren, mit Ausnahme der Luft- und Raumfahrt, hat es bei einer Einzellandbetrachtung eine starke Position inne. In dieser Hinsicht ähnelt die japanische Stellung in den FuE-intensiven Industrien im Jahr 2009 der deutschen Position. Ein wesentlicher Unterschied besteht jedoch in der Dynamik. Während die deutschen Sektoren Anteilsgewinne verzeichnen konnten, verlieren fast alle japanischen Sektoren im Zeitraum 2000 bis 2009 deutlich. Einzig im Kraftfahrzeugbau (zwei Prozentpunkte) konnten Wertschöpfungsanteile hinzugewonnen werden. Die schon auf globaler Ebene beobachteten Anteilsverluste (Abbildung) finden sich daher auch bei den forschungsintensiven Industrien.

Mit Blick auf die Entwicklungsdynamik zeigt sich für die EU-14[11], dass auch sie in fast allen forschungsintensiven Sektoren Wertschöpfungsanteile gewinnen. Dies gilt insbesondere für den Sonstigen Fahrzeugbau mit einem An-

---

8 Dies muss jedoch vor dem Hintergrund gesehen werden, dass es sich bei den USA um einen vergleichsweise großen Wirtschaftsraum handelt, der daher auch einen signifikant größeren Anteil an der sektoralen Wertschöpfung aufweisen sollte. Nach Angaben der OECD betrug das BIP in US-Dollar Kaufkraftparitäten 2009 in Deutschland etwa drei Billionen US-dollar, in Japan etwa vier Billionen US-Dollar, in den EU-26 (ohne Deutschland) etwa 12,6 Billionen US-Dollar und in den USA rund 14 Billionen US-Dollar. http://stats.oecd.org/Index.aspx.

9 Die ausgeprägte Dominanz in diesem Sektor muss allerdings vor dem Hintergrund der hohen amerikanischen Militärausgaben gesehen werden, die sich in einem entsprechend hohen Wertschöpfungsanteil niederschlagen.

10 Der starke Zugewinn in der Medizin und Messtechnik ist eine Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise. Bis ins Jahr 2007 mussten die USA auch in diesem Sektor Anteilsverluste hinnehmen. Nur der vergleichsweise stärkere Einbruch der Wertschöpfung in den europäischen Ländern in den Jahren 2008 und 2009 führte zu den dargestellten Anteilsgewinnen.

11 Dabei handelt sich um die alte EU-15 ohne Deutschland.

teilsgewinn von fast elf Prozentpunkten beziehungsweise der Erhöhung des Anteils gegenüber dem Ausgangsjahr 2000 um 33 Prozent. Aber auch in der Elektrotechnik und dem Maschinenbau konnten mit 4,9 Prozentpunkten beziehungsweise 5,8 Prozentpunkten erhebliche Zugewinne erzielt werden. In der Summe verfügen die EU-14 über große Wertschöpfungsanteile in allen forschungsintensiven Sektoren. Bei disaggregierter Betrachtung zeigt sich jedoch auch, dass die Anteile der einzelnen Länder in der Regel deutlich kleiner sind als die Deutschlands.

Ebenfalls eine positive Entwicklung konnte bei den mittel- und osteuropäischen EU-10 beobachtet werden. Sie setzten ihren Aufholprozess fort und konnten, ausgehend von einem geringen Niveau, ihre Anteile an der jeweiligen sektoralen Wertschöpfung zum Teil mehr als verdoppeln. Dies gilt für den Maschinen- und Kraftfahrzeugbau wie auch für die elektrotechnische und optische Industrie (WZ 30 bis WZ 33, siehe Tabelle). Diese Zuwächse haben jedoch in den meisten Sektoren nicht dazu geführt, dass die EU-10 bereits größere Wertschöpfungsanteile beanspruchen können. Eine Ausnahme sind die Elektrotechnik, der Fahrzeugbau und der Maschinenbau. Die EU-10 folgen damit dem deutschen Spezialisierungspfad, ohne dass Deutschland dadurch an Wertschöpfungsanteilen verliert.

Prof. Dr. Martin Gornig ist kommissarischer Leiter der Abteilung Innovation, Industrie, Dienstleistung im DIW Berlin | mgornig@diw.de

Dr. Alexander Schiersch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Innovation, Industrie, Dienstleistung im DIW Berlin | aschiersch@diw.de

JEL: 010, 040, 057

Keywords: China, manufacturing industries, sector shares developments

IMPRESSUM

DIW BERLIN

DIW Berlin – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
79. Jahrgang
7. März 2012

Herausgeber
Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion
Dr. Kurt Geppert
Nicole Walter

Redaktion
Renate Bogdanovic
Susanne Marcus
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill
Lana Stille

Lektorat
Prof. Dr. Pio Baake
Dr. Stefan Bach

Pressestelle
Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
Susanne Marcus
Tel. +49-30-89789-250
presse@diw.de

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 – 19 88 88, 14 Cent/min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung
Edenspiekermann

Satz
eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck
USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Stabsabteilung Kommunikation des DIW Berlin (kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.

DER WOCHENBERICHT IM ABO

Jede Woche liefert der Wochenbericht einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Der Wochenbericht richtet sich an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – mit Informationen und Analysen aus erster Hand.

Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:
Jahresabo zum Vorzugspreis: Der Wochenbericht zum Preis von 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand), gegenüber dem Einzelpreis von 7 Euro sparen Sie damit mehr als 40 Prozent.
Studenten-Abo: Studenten können den Wochenbericht bereits zum Preis von 49,90 Euro im Jahr abonnieren.
Probe-Abo: Sie möchten den Wochenbericht erst kennenlernen? Dann testen Sie sechs Hefte für nur 14,90 Euro.

Bestellungen richten Sie bitte an den

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
Tel. (01805) 9 88 88, 14 Cent/min.
leserservice@diw.de

Abbestellungen von Abonnements spätestens sechs Wochen vor Jahresende

Weitere Fragen?
DIW Kundenservice:
Telefon (030) 89789-245
kundenservice@diw.de

RÜCKBLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 50 JAHREN

Zur Entwicklung der Industrie der Bundesrepublik

Bei der gegenläufigen Entwicklung der Produktionskosten und der Gewinne der Westdeutschen Wirtschaft und insbesondere der Industrie verdienen die in neuster Zeit angestellten Erwägungen, ob und inwieweit der derzeitige scharfe Wettbewerb zwischen der Mineralölverarbeitung und dem Kohlenbergbau einzuschränken sei, besondere Beachtung. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen mit einer Wirtschaftspolitik, die einzelne Wirtschaftszweige zu konservieren versucht, ist es zunächst überhaupt fraglich, ob die Schutzmaßnahmen den erhofften Erfolg haben oder ob nicht nur die Krisenlage der geschützten Zweige ad infinitum verlängert wird.

Daher besteht die Sorge wohl zu Recht, daß die Unternehmensleitungen des westdeutschen Steinkohlenbergbaus ihre in den letzten Jahren mit so großem Erfolg durchgeführten Bemühungen, die Förderung zu rationalisieren, womöglich nicht mehr mit der gleichen Energie verfolgen könnten, wenn die Steinkohle – sei es durch das Mittel der Heizölkontigentierung oder durch andere Maßnahmen – vom Wettbewerbsdruck weitgehend entlastet würde. Da die Zeiten nationaler Energiepolitik in Europa in einigen Jahren beendet sein werden und der deutsche Steinkohlenbergbau sich auf die Dauer einzig und allein durch seine ökonomische Leistungsfähigkeit wird behaupten können, sollte sein zukünftiger Bestand nicht um kurzfristiger – noch dazu fragwürdiger – Vorteile willen gefährdet werden.

So unsicher es ist, ob Schutzmaßnahmen der Kohle auf die Dauer überhaupt nützen, so sicher ist es, daß sie das Energiepreisniveau in die Höhe treiben und damit die Wettbewerbslage der westdeutschen Wirtschaft in einer nicht gerade unkritischen Phase ihrer Entwicklung verschlechtern würden.

Wochenbericht Nr. 10 vom 9. März 1962